Die soziale Frage stellen

Autor(en): **Cahannes, Franz / Rieger, Andreas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **74 (1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-341234

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die soziale Frage stellen

Die pointiert vorgetragenen Einschätzungen von Peter Bodenmann und André Daguet vermögen auf den ersten Blick zu überzeugen. Wir sind ebenso wie sie sicher, dass die soziale Frage das entscheidende Problem sein wird, welches die Menschen

Franz Cahannes und Andreas Rieger

in der Schweiz in den kommenden Jahren bewegen wird. Für diese Auseinandersetzung muss die Linke stärker werden, und der SPS kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Wer jedoch Stärken ausbauen will, muss sich unter anderem ganz klar darüber sein, worin denn bisher die eigenen Schwächen liegen. Gerade bezüglich der sozialen Frage hat die Linke einige Hunde begraben, über die wir nicht vorschnell hinweggehen können. Halten wir uns die Realität der Linken in der Alltagspolitik der letzten Rezessionsjahre vor Augen, dann sehen wir, dass weder Einigkeit darüber besteht, wie wichtig die soziale Frage ist, worin das „Soziale" überhaupt besteht und welche Antworten darauf entwickelt worden sind.

Das Erbe der Hochkonjunktur-Gewerkschaften

Wir sind uns bewusst, wo die Grundprobleme auf Seiten der Gewerkschaften liegen: Unsere Organisationen waren Hochkonjunktur-Gewerkschaften. Sie befassten sich spätestens seit den 50er-Jahren vor allem mit der Verteilung des kontinuierlich wachsenden Kuchens; dabei stürzten sie sich auf den Arbeitsfrieden mit allen negativen Folgen wie die Ausdünnung der Vertrauensleute-Netze und daraus folgend der Delegation der Arbeit an den Profiapparat. Die Politik wurde weitgehend an die SPS delegiert, die politische Lektüre der Basis an den „Blick". Geblieben ist jedoch eine Mitgliedschaft, die immer noch wichtige Teile der Lohnabhängigen umfasst, sowohl der einkommensschwächsten Gruppen und Teile der nichtwahlfähigen Bevölkerung wie auch der Facharbeiterschaft.

Heute leben wir in Zeiten des Sozial- und Lohnabbaus. Wir müssen die Gewerkschaften entsprechend umbauen, um die Schwächen im „Kerngeschäft" von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu überwinden: Reaktivierung des Vertrauensleute-Netzes, Aufbau und verstärkte Mobilisierungsfähigkeit, Ausweitung in Richtung Tertiärsektor etc. Entsprechende Anstrengungen sind heute – wenn auch verspätet – im Gang und müssen uns erlauben, in der sozialen Frage als ernstzunehmender Faktor intensivieren zu können. Was diese soziale Frage beinhaltet, ist dabei in den Gewerkschaften, die sich täglich mit den Betroffenen auseinandersetzen, kaum umstritten.

Hochkonjunktur-Partei in neuem Umfeld

Die SPS steht vor einem ähnlichen Problem. Sie war und ist teilweise immer noch eine „Hochkonjunktur-Partei". Geprägt durch Konkordanz und wachsenden Staatskassen. Mitgliedermässig ist die Verwurzelung der Partei in den unteren sozialen Schichten während den 60er- und 80er-Jahren mehr und mehr ausgedünnt, während qualifizierte Schichten aus dem öffentlichen Sektor bedeutsamer wurden.

Der Wandel der Partei für „rauhe Zeiten" hat die SPS bis heute kaum geschafft. Dies betrifft zum einen die Frage der eigenen Mobilisierungsfähigkeit, sei es in der Form der Initiativfähigkeit oder in der Form der aktiven Teilnahme an sozialen Bewegungen. Zum anderen zeigen sich aber immer mehr Orientierungsprobleme, gerade auch in der sozialen Frage.

Orientierungskonflikt in der sozialen Frage

Es besteht derzeit in der Realität überhaupt keine Einigkeit in der SPS, auch wenn die Debatte darüber kaum offen kontrovers geführt wird. Bodenmann und Daguet wollen statt einer „Grundwertedebatte" als geübte Handwerker politische Konzept umsetzen. Wir verstehen die Bedenken bezüglich einer luftigen Wertediskussion. Aber eine Orientierungsdebatte über die soziale Frage ist angezeigt, wenn die Widersprüche nicht pragmatisch überspielt werden sollen mit dem Resultat, dass sie periodisch wieder auftauchen.

Wie haben sich diese Widersprüche im konkreten Alltag der letzten Zeit ausgedrückt?

- In der Krankenkassenfrage haben SPS und Gewerkschaften 1994 eine äusserst schwache Kampagne für die eigene Initiative geführt, deren Bedeutung gerade wieder angesichts des jetztigen Salates sichtbar wird. Im Kanton Zürich hat sich die SPS sogar geweigert, Material für die Initiative zu verteilen, und hat auf die Propagierung der KVG-Revision beschränkt.
  Es zeigt sich an diesem Beispiel, wie die Kritik an der Lohnprozentfinanzierung ebenso wie die Ablehnung der „Giesskannen-Sozialleistungen" in der SPS weit verbreitet sind (vgl. auch die Zustimmung zur Abschaffung der Altersrabatte für den öffentlichen Verkehr in Zürich).
- In der Rentenaltersfrage spaltete nicht allein die Frage der Taktik die Reichen der SPS. Dahinter lagen auch Positionen, welche Sinn und Notwendigkeit einer früheren Pensionierung in Frage stellten, oder die Rentenkürzungen für den Vorbezug als durchaus angemessen betrachteten. Im Bereich der Sparpolitik sind wir Gewerkschafter in unserem „Kerngeschäft" immer wieder mit Teilen der SPS konfrontiert, welche lineare Lohnkürzungen, wie z.B. die Streichung des halben 13. Monatslohnes, mittragen.
- In der Arbeitszeitfrage besteht zwar eine Übereinstimmung bezüglich der Notwendigkeit der Umverteilung. Gleichzeitig aber wird die soziale Regulierung der Arbeitszeit von vielen SP-KollegInnen in Frage gestellt, welche sich unter Flexibilisierung v.a. selbst wählbare Arbeitszeitformen vorstellen und nicht die realiter zunehmende Arbeit auf Abruf, Zwang zu Wochenend-, Abend- und Nachtarbeit, Zwang zu Teilzeitarbeit, etc.

Die SPS steht vor einem ähnlichen Problem. Sie war und ist teilweise immer noch eine «Hochkonjuktur-Partei».

Von der Solidarität zur Fürsorglichkeit

Bei diesen und anderen Fragen zeigt sich die zunehmende Distanz zwischen einem Teil der tonangebenden SPlerInnen und den unteren sozialen Schichten in der Schweiz. Natürlich stellt kaum jemand in der SPS die Wichtigkeit der sozialen Frage in Zweifel. Aber der Einfluss des neoliberalen Diskurses ist bei Teilen der SPS unübersehbar: Kritik am „Giesskannenprinzip" führt zur Forderung nach „gezielter Hilfe für die Bedürftigsten". Die „soziale Solidarität" der früheren Arbeiterpartei droht zur „fürsorgerischen Verantwortung" einer SPS der Mittelschichten zu werden, wie diese in Frankreich geschehen ist.

Noch ist diese Entwicklung, die auch Bodenmann und Daguet nicht wollen, jedoch nicht so weit. Wenn wir jedoch diese Probleme offen ansprechen, hat dies Konsequenzen:

Die SPS muss den Stier an den Hörnern packen und die soziale Orientierungsfrage à Fonds diskutieren. Dabei hat sie kein Monopol, sondern muss sämtliche relevanten Kräfte und Beiträge einbeziehen, unabhängig von Parteibuch und Parlamentssitzen.

Durch Bündnisse stärker

Gleichzeitig ist die Bündnisfrage zu stellen. Nicht einfach ausgehend davon, dass die SPS die grösste und schönste aller Parteien ist, in deren Schoss alle einkehren müssen, sondern ausgehend von der Frage, wie die Linke in der sozialen Frage gestärkt werden kann. Dazu muss sich z.B. die konkrete Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verbessern. Davon können beide Seiten profitieren: die Gewerkschaften durch ein verstärktes politisches Gewicht und möglicherweise einen besseren Zugang zu den jüngeren Schichten gerade im Dienstleistungsbereich; die SPS durch eine vermehrte politische Vertretung ihrer Anliegen von ArbeiterInnen und einfachen Angestellten, aber auch durch die Mobilisierungsmöglichkeiten der Gewerkschaften.

Der nächste Anlass steht vor der Tür. Das Referendum gegen die Deregulierungen im Arbeitsgesetz bietet Gelegenheit für ein breites Bündnis in welchem Gewerkschaften und SPS – falls sie dazu bereit ist – eine zentrale Rolle spielen müssen.

Franz Cahannes, Zentralsekretär GBI;
Andreas Rieger, Sekretär Präsidialressort GBI